

Antwort SPD

auf Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026 der AGBV e.V. – Arbeitsgemeinschaft der Bürger- und Vorstandsviere Nürnbergs

1. Klimaanpassung

Die Umgebungsbedingungen in unseren Städten wandelt sich zurzeit dramatisch. Es fällt immer weniger Regen und im Sommer nimmt die Zahl der Hitzetage und der sog. Tropennächte dramatisch zu. Gleichzeitig gibt es immer öfter Starkregenereignisse. Nürnberg ist eine in weiten Teilen versiegelte und verdichtete und wenig durchgrünte Stadt. Dies trifft vor allem auf die Nürnberger Altstadt und die angrenzenden Innenstadtgebiete wie Galgenhof, Steinbühl, Gostenhof und St. Johannis zu. Die Stadt Nürnberg hat sich 2010 in Sachen Klimaanpassung auf den Weg gemacht. Herausgekommen war zunächst ein Handbuch Klimaanpassung das fortgeschrieben wurde. Darauf aufbauend werden seitdem verschiedene Leitlinien, Konzepte und Beschlüsse verfolgt und sind zum Teil umgesetzt: Stadtklimagutachten, Masterplan Freiraum, Brunnenkataster, Begrünungssatzung, Hitzeaktionsplan, und 2025 der Stadtratsbeschluss zum Integrierten Klimaschutzkonzept, um nur einige zu nennen. Die Konzepte müssen jedoch auch konsequent umgesetzt werden. Auch wenn es erhebliche personelle, organisatorische und finanzielle Ressourcen bedarf. Maßnahmen aufzuschieben oder nichts zu tun, sind keine Alternativen. Anpassung an den Klimawandel ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Um die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels zu bewältigen, werden neben den Anstrengungen im Klimaschutz auch Aktivitäten zur Klimaanpassung immer wichtiger. Hier darf es kein „entweder oder“ geben.

Fragen:

1.1. Wo sehen sie die größten Potentiale, um Nürnberg an den Klimawandel anzupassen?

Wir halten am Ziel einer „klimaneutralen Stadtverwaltung bis zum Jahr 2035“ fest. Der gesamtstädtische CO₂-Ausstoß soll bis zum Jahr 2045 um 95 % reduziert werden.

Wir müssen handeln und wir müssen konsequent und schnell handeln. Das bedeutet neben der Umsetzung und Priorisierung des Masterplan Grün auch: echte Verkehrswende statt Magnetschwebebahn-Symbolpolitik. Entsiegeln und Begrünen, statt um jeden Parkplatz zu kämpfen.

Die SPD Nürnberg setzt auf eine konsequente Klimaanpassungs- und Umweltpolitik, die Ökologie und Lebensqualität verbindet.

Zu einem aktiven Klimaschutz gehört für uns:

- Umsetzung der Wärmeplanung, Ausbau Fernwärme, Nutzung erneuerbarer Energien, klimaneutrale Wärmeplanung, Gebäudedämmung, nachhaltiges Bauen, Photovoltaik-Initiative (jede Schule mit eigener PV-Anlage).
- Einrichtung eines Klima- und Energieberatungszentrums in der Altstadt als zentrale städtische Anlaufstelle, um Akzeptanz für Wärmewende zu steigern.
- Vor-Ort-Beratungen, die an bestehende Angebote andocken (Kulturläden, Quartiersbüros, Stadtteilstadt etc.)
- Die wbg treibt die energetische Sanierung im Bestand voran.
- Die N-ERGIE unterstützt Haushalte mit wirksamen Klimaschutzprogrammen.
- Stadtentwicklung: Ausreichend Grünflächen in neuen Quartieren, klimaneutrale und autoarme Stadtteile (z. B. Lichtenreuth als Vorbild).
- Der städtische Wald wird schrittweise klimaresilient umgebaut.
- Anteil ökologischer, bzw. regenerativer Landwirtschaft steigern: das Knoblauchsland vor weiterer Versiegelung bewahren.

1.2. Welche Maßnahmen wollen sie in der nächsten Legislaturperiode umsetzen, um die negativen Effekte der immer höheren Temperaturen an heißen Sommertagen auf die Stadtbevölkerung abzumildern?

Hitzeperioden, versiegelte Flächen und mangelnde Schattenplätze stellen hohe Anforderungen an Stadtgestaltung. 2024 war erneut ein Rekordjahr hinsichtlich der Jahresmitteltemperatur. Der Trend zur Erwärmung setzt sich fort. Im Vergleich zu früheren Jahren wird das dramatisch bewusst.

Nürnberg hat eine wärmebegünstigte Lage. Uns wird die Erderwärmung schwerer und früher treffen als andere Orte. Darum setzen wir uns für eine klimaresiliente und lebenswerte Stadt ein. Wir müssen uns um vulnerable Gruppen – ältere Menschen, Kranke, Kinder – ganz besonders kümmern.

Wie im Masterplan Freiraum vorgesehen, wollen wir mehr Grün in bisher unversorgte Stadtteile bringen.

Wir befürworten Grüne Korridore als Verbindung von Parks, Plätzen und Flussufern zu einem „Kühlnetz“ durch die Stadt.

Es braucht klimaresiliente Lösungen wie Entseiegelung, Begrünung, Schwammstadtprinzip, kühlende Stadtmöblierung – gerade im dicht bebauten Altstadtbereich.

Schritt für Schritt entwickeln wir unsere Altstadt mit mehr Grün und Bäumen und nach dem Schwammstadtprinzip.

Das Freiraumkonzept Nürnberger Süden von 2022 mit der Priorisierung der Maßnahmen in Süd- und Südweststadt ist richtig.

Wir stehen klar zur Umsetzung des Freiraumkonzepts Südstadt, besonders in Gibitzenhof und Steinbühl. Wir tragen die Klimameile in der Südstadt vom Willy-Prölß-Platz über die Karl-Bröger-Straße bis zum Annapark mit. Hier wird ein echter Mehrwert geschaffen, hier entsteht ein Plus an Lebensqualität für die Anwohner:innen, hier wird ein echter Beitrag zur Klimaresilienz geleistet.

Wir sprechen uns bei der Umsetzung für eine Beschleunigung und Ausweitung aus. Dies kann durch einen Verzicht auf die Landesgartenschau 2030 und eine sinnvolle Priorisierung der frei werdenden Mittel erreicht werden.

Zusätzlich haben wir die Pflanzung von 1.000 Straßenbäumen am Äußeren Ring beantragt und unser SPD-Antrag wurde positiv verabschiedet.

1.3. Es wird nicht nur heiß, auch die Gefahr von lokalen Starkregen steigt. Die Gegenmaßnahmen sind bekannt: Mehr Grün, mehr Bäume, weniger Teer und Beton. Wo wollen Sie gerade stark versiegelten und verdichteten Stadtgebieten neue Grünflächen schaffen, wenn Sie als Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg gewählt werden?

Das Konzept der „Schwammstadt“ ist für uns zentral. Es geht darum, Regenwasser nicht einfach abzuleiten, sondern vor Ort zu speichern, zu nutzen und langsam abzugeben – um Überflutungen zu vermeiden und das Stadtklima abzukühlen.

Folgende Punkte sind Teil unserer Strategie:

- Entsiegelung von Flächen: Asphalt und Beton durch wasserdurchlässige Beläge ersetzen – etwa auf Parkplätzen, Schulhöfen und Gehwegen.
- Grüne Innenhöfe und Plätze: Regenwasser in Mulden und Versickerungsflächen einleiten statt in die Kanalisation.
- Pflicht zur Regenwassernutzung bei Neubauten: Zisternen und Versickerungsgruben sollen Standard werden.
- Schwammstadt-Check bei Bauprojekten: Jedes Bauvorhaben wird auf Regenwassermanagement und Begrünung geprüft – etwa bei Tiefes Feld, Lichtenreuth oder Neu-Wetzendorf.
- Baumoffensive: Mehr Straßenbäume, klimaresistente Arten, großkronige Bäume für Schatten und Verdunstungskühle. Mehr Baumpatenschaften.
- Dach- und Fassadenbegrünung fördern: Zuschüsse, Beratung und vereinfachte Genehmigungen; verpflichtend bei größeren Bauprojekten.
- Grüne Korridore: Verbindung von Parks, Plätzen und Flussufern zu einem „Kühlnetz“ durch die Stadt.

- Pocketparks in dichten Vierteln: Kleine, bepflanzte Rückzugsorte mit Sitzgelegenheiten und Regenwasserspeicherung.
- Zisternenprogramme für Privathaushalte und Betriebe: Förderung von Regenwasserspeichern zur Gartenbewässerung oder Toilettenspülung.
- Retention in Stadtteilen: Anlagen, die Regenwasser zwischenspeichern (z. B. Retentionsdächer, Mulden-Rigolen-Systeme).
- „Schwammstadt Nürnberg“-Bürgerprogramm: Informationskampagne mit konkreten Tipps für Hausbesitzer:innen, Schulen und Vereine.
- Förderfonds für Bürgerprojekte: Unterstützung für Entsiegelung, Begrünung oder Regenwassernutzung in Höfen, Schulen, Kitas.
- Schulprojekte zum Wasserkreislauf: Kinder und Jugendliche aktiv in Klimaanpassung einbinden.

2. Fluglärm in Nürnberg

Der Nürnberger Flughafen liegt inmitten eines dicht besiedelten Gebietes. Vor Allem die Stadtteile Schniegling und Wetzendorf aber teilweise auch St. Johannis sind wie viele andere Stadtteile und das Umland östlich und westlich des Nürnberger Albrecht-Dürer-Airports vom nächtlichen Fluglärm betroffen. Was an fast allen Flughäfen in Deutschland und an allen Flughäfen in Süddeutschland längst selbstverständlich ist, der Schutz der Anwohner vor nächtlichem Fluglärm, ist in Nürnberg und seinem Umland leider nicht gegeben. Anwohner und einige Umlandgemeinden weisen daher auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 04.04.2012 hin. Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass für die Kernnacht ein Nachtflugverbot als Mindeststandard zum Schutz der Anwohner erforderlich ist. Die Rechtsprechung erkennt ausdrücklich an, dass das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gegenüber der Bevölkerung gegeben sein muss. Es besteht ein wissenschaftlicher Konsens darüber, dass Nachtflüge eine ernsthafte Gesundheitsgefahr darstellen. Besonders gefährdet sind hier Kinder und ältere Menschen. Die WHO empfiehlt einen Lärmpegel von unter 40 dB(A) – ein Wert der in der Umgebung des Nürnberger Flughafens bei Nachtflugbetrieb deutlich überschritten wird. Der Flughafen erklärt hingegen, dass sich ohne betriebliche Flexibilität das Angebot an Flügen zu Lasten der Menschen und der Wirtschaft in der Metropolregion deutlich vermindern würde und der Betrieb nur wirtschaftlich geführt werden kann, wenn am Airport wenigstens in gewissem Umfang auch nachts geflogen wird. Einige Umlandgemeinden wie auch Anwohner sehen die Lage anders und gewichten wirtschaftliche Argumente gering. Der Flughafen wird zu gleichen Teilen von Stadt Nürnberg und Freistaat Bayern finanziert. Hier stehen wirtschaftliche Interessen der von vielen Seiten eingeforderten Nachtruhe in den angrenzenden Stadtteilen des Flughafens und Umlandgemeinden entgegen.

Wie würden Sie sich als Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister zu dieser Frage positionieren?

Wir stehen hier als Stadtpolitik vor einem schwierigen Spagat. Einerseits haben wir als Gesellschafterin die Verantwortung dafür, den Flughafen attraktiv und wirtschaftlich leistungsfähig zu erhalten. Für die Nürnbergerinnen und Nürnberger, die diesen für geschäftliche oder private Reisen nutzen, für die Wirtschaft, die Waren über den Flughafen abwickelt, aber auch für die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze am Flughafen hängen. Nachtflüge sind aktuell Teil des Wirtschaftskonzeptes des Flughafens und werden stark nachgefragt.

Andererseits nehmen die Beschwerden der Anwohnenden sehr ernst und wollen sie besser vor Fluglärm und den damit verbundenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und dem Verlust an Lebensqualität schützen.

Daher setzen wir uns für eine Reduzierung der Nachtflüge zwischen Mitternacht und 5:00 Uhr ein.

Wir unterstützen die Bemühungen der Geschäftsführung des Flughafens, durch eine Erhöhung der Gebühren für Nachtflüge eine Verlagerung der Flugaktivitäten auf die Tagstunden attraktiver zu machen.

3. Frankenschnellweg

Der Ausbau des Frankenschnellweges in Nürnberg ist ein in der Stadtgesellschaft umstrittenes Großprojekt: Kreuzungsfreier Ausbau (aktueller Stadtratsbeschluss) Der Frankenschnellweg soll zwischen der Stadtgrenze Nürnberg / Fürth und der Otto-Brenner-Brücke in zwei voneinander getrennten Abschnitten kreuzungsfrei ausgebaut werden. Im Abschnitt West zwischen der Anschlussstelle Nürnberg / Fürth und der Jansenbrücke soll in Fahrtrichtung Hafen eine dritte Fahrspur angebaut werden, außerdem werden auf beiden Seiten des Frankenschnellwegs Lärmschutzwände errichtet. Der Abschnitt Mitte geht von der Rothenburger Straße bis zur Otto-Brenner-Brücke. Hier soll ein 1.800 Meter langer Tunnel gebaut werden. Auf dem südlichen Tunneldeckel soll ein neuer Stadtteilpark angelegt werden. Bauzeit: Abschnitt West: 3 Jahre, Abschnitt Mitte: 9-10 Jahre Kostenprognose: MIP: 1010 Mio. EUR (ohne Tunneldeckel) Alternativlösung Diese sieht vor, die Fahrbahnen des FSW zu bündeln und Richtung Norden zum Bahndamm zu verschieben. Die Knotenpunkte Rothenburger und Schwabacher Straße sollen kompakter gestaltet werden. Die Fahrbahnen des FSW sollen nach Norden an die Gleise der DB verschoben werden. Dadurch soll Platz für eine Grünfläche auf der Seite der Wohnbebauung von St. Leonhard gewonnen werden. Bauzeit: Abschnitt West: 3 Jahre, Abschnitt Mitte: 5 Jahre Kostenprognose: 235 Mio. EUR Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Frankenschnellweges Die Bürgerinitiative fordert, die Planungen zu stoppen um eine offene Diskussion über Alternativen zu ermöglichen. Sie ist überzeugt, dass die Planung nicht mehr zeitgemäß ist und sammelt Unterschriften für einen Bürgerentscheid.

Wie stehen Sie zum Großprojekt Frankenschnellweg und was würden Sie tun, wenn Sie als Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg gewählt werden würden?

Nach über 20 Jahren Planung, unzähligen Diskussionen und gerichtlichen Verfahren hat der Frankenschnellweg nun Baurecht. Das ist das Ergebnis sorgfältiger Arbeit. Dieser lange Prozess war mühsam, aber er war Teil einer demokratischen Auseinandersetzung. Die Argumente für den Ausbau behalten ihre Gültigkeit: Es geht um Stadtreparatur, den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner, um mehr Grünflächen, um eine bessere Verbindung zwischen den Stadtteilen und um den Wirtschaftsstandort Nürnberg.

Im Abschnitt West zwischen der Anschlussstelle Nürnberg / Fürth und der Jansenbrücke soll in Fahrtrichtung Hafen die Standspur in eine Einfädel- und Abbiegespur umgewandelt werden, außerdem werden auf beiden Seiten des Frankenschnellwegs Lärmschutzwände errichtet.

Fest steht für uns: Der Ausbau des Frankenschnellwegs darf nicht zur finanziellen Handlungsunfähigkeit der Stadt führen. Denn was nützt ein Tunnel, wenn gleichzeitig Kitas fehlen, Schulen verfallen, Wohnungen unbezahlbar werden und unsere Kulturlandschaft austrocknet? Deshalb ziehen wir eine klare finanzielle Grenze: Der Ausbau darf die Stadt Nürnberg nicht mehr als 200 Millionen Euro kosten. Alles, was darüber hinausgeht, muss der Freistaat Bayern übernehmen – mit einer verbindlichen Kostenübernahmeverklärung.

Alternativ- oder Neuplanungen bringen unter den aktuellen Gegebenheiten erhebliche rechtliche und zeitliche Risiken mit sich. Sie würden bedeuten, dass neue Planungsverfahren durchgeführt werden, Kosten entstehen und der Rechtsweg wieder von der ersten Instanz an offensteht und erneut jahrelange Verfahren drohen. Der „Plan B“ ist aktuell lediglich eine Skizze. Er kann allerdings tatsächlich noch eine Option darstellen für den Fall, dass die Finanzierung für den Tunnel scheitert.

4. Planfeststellungsverfahren zum Ersatzneubau der Juraleitung

Die gesundheitlichen Gefahren durch den Ersatzneubau der Juraleitung sind durch die Untertunnelung im Wohnbereich Nürnberg Katzwang bis auf ein Haus an der Katzwanger Hauptstraße weitgehend gelöst. Die Menschen in den vom geplanten Trassenbau betroffenen Stadtteilen sehen jedoch noch weitere, ungeklärte Risiken, die gegen die Querung des Katzwanger Engpasses sprechen:

1. Das Risiko der Beschädigung des RMD-Kanals durch die Unterquerung
2. Das Risiko von Schäden an den Wohngebäuden durch die Bohrungen. Die Tunnelröhren liegen zum Teil nur 22 m von den Wohngebäuden entfernt, in einem Fall direkt daneben.
3. Ein Restrisiko für die Wässerwiesen durch hydrologische Beeinträchtigungen.
4. Das Risiko für die Stabilität der Bahngleise.
5. Landwirte im östlichen Teil der Stromleitung sehen durch die konventionelle Erdverkabelung ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet.
6. Die enorme Kostenbelastung der Stromkunden durch Erhöhung der Netzentgelte.

Von Seiten der Stadt Nürnberg und auch von Landes- und Bundespolitikern wurde mehrfach betont, dass die Leitung nicht durch den Katzwanger Engpass führen wird und somit auch nicht durch den Nürnberger Süden wie Kornburg, Worzeldorf und Moorenbrunn. Menschen aus den betroffenen Stadtteilen weisen jedoch darauf hin, dass von TenneT keine weiteren Trassenvarianten in das Raumordnungsverfahren eingebracht wurden. Auch sind die Kriterien für das frühere Auswahlverfahren durch TenneT nicht bekannt. Insbesondere die Frage der Wirtschaftlichkeit im Vergleich zu anderen Varianten sollte nochmals geprüft werden.

Welche Position haben Sie beim anstehenden Planfeststellungsverfahren für den Nürnberger Abschnitt?

Wie würden Sie mit den vorgenannten, ungeklärten Risiken umgehen, falls TenneT die Trasse durch den Süden dennoch baut und wie würden Sie darauf reagieren, mit welchen Maßnahmen?

Für uns als SPD stehen bei der Energiewende immer die Menschen im Mittelpunkt. Die Menschen, deren Jobs sich verändern werden und die Menschen, die Zweifel haben, ob sie sich Wärme, Strom und Mobilität in Zukunft noch leisten werden können. Unser Ziel ist, dass sich alle Nürnbergerinnen und Nürnberger mitgenommen und ernstgenommen fühlen bei der Energiewende. In diesem Fall die Menschen, die Angst haben, eine große Stromtrasse vor der Haustür zu haben. Die Menschen, die Gesundheitsbelastungen fürchten oder den drohenden Wertverlust ihrer Häuser sehen.

Ehrliche Kommunikation ist gerade in diesem Bereich besonders wichtig.

Zur Ehrlichkeit gehört: es wird Punkte geben, an denen man es eben nicht allen recht machen kann und die Energiewende auch Schmerzpunkte mit sich bringt. Stromtrassen, wie die P53, müssen irgendwo hin.

Wir werden keine Planungsvariante akzeptieren, die zu Lasten der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger geht.

Wir begleiten den geplanten Bau seit vielen Jahren kritisch und haben bereits im März 2021 einen Antrag gestellt, die entsprechenden fachlichen wie juristischen Stellungnahmen vorzubereiten, um gegen die von Tennet favorisierte Trassenplanung auf Nürnberger Grund vorzugehen.

In mehreren Anträgen und Initiativen haben wir uns für den Schutz der Bevölkerung und der Aufnahme der schützenswerten Wässerwiesen im Rednitztal, eine historische Form der Grünlandbewirtschaftung, ins immaterielle Kulturerbe stark gemacht.

Es steht außer Frage, dass jede Trassenführung einen Eingriff in unsere Umwelt darstellt. Es muss immer die Variante zum Zuge kommen, die am wenigsten Mensch, Tier und Natur belastet.

Wir sind daher dafür, dass die Variante Schwabach-Süd nochmal vertieft geprüft wird und der aktuellen Planungsvariante sauber gegenübergestellt wird.

Wir versprechen den Menschen im Nürnberger Süden und Südosten für ihre Interessen zu kämpfen.

Und wenn sich keine gute Lösung für Nürnberg finden lässt und der Planfeststellungsbeschluss der Regierung von Mittelfranken diese Trassenvariante genehmigt, werden wir ein Klageverfahren am Verwaltungsgericht auf den Weg bringen.

5. Neubau des FCN-Stadion

Der 1. FC Nürnberg plant ein neues Stadion, um wettbewerbsfähig gegenüber den Vereinen zu bleiben. Das soll mit einer möglichen Mantelbebauung mit unterschiedlichen Nutzungen am Stadion gelingen und durch den Verkauf und Entwicklung von Plätzen am Trainingsgelände am Valznerweiher teils gegenfinanziert werden. Ab der neuen Saison wird bereits der sogenannte Stadiongroschen eingeführt, um das Ziel zu erreichen.

5.1. Wie stehen Sie zum Teilverkaufs des Geländes vom 1. FCN?

5.2. Welche alternativen Möglichkeiten sehen Sie, um den Stadionumbau zu realisieren?

5.3. Welches Gesamtbild sehen Sie im Stadionumfeld und dem angrenzenden Valznerweiher zum Ende der nächsten Stadtratsperiode?

Wir stehen voll zum geplanten Vollumbau des Max-Morlock-Stadions durch die Stadt Nürnberg.

Uns sind dabei drei Punkte wichtig:

1. Wir wollen ein neues Stadion! Fest steht bereits: das Stadion bleibt, wo es ist und es wird ein reines Fußballstadion. Mit 50.000 Plätzen. Das ist die Kapazität, für möglichst erfolgreichen Bundesligafußball. Und das ist die Kapazität, um auch in Zukunft internationalen Fußball, beispielsweise in Form von Länderspielen, in Nürnberg sehen zu können.

2. Wir setzen Prioritäten nach dem Motto „Stadion pur – Stadion für alle“

Stadion pur bedeutet: Alles Darüberhinausgehende, wie beispielsweise die Entwicklung des Stadionumfeldes, muss auf den Prüfstand – und gegebenenfalls warten. Wir haben uns aber stark gemacht dafür, dass die Fans Platz bekommen für das, was ihnen wichtig ist. Nürnberg hat das, was andere Stadien nicht haben: ein gewachsenes Umfeld mit Fankultur, allen voran der Biergarten „s'Gärtla“, dessen Wiedereröffnung auf unsere Initiative zurückgeht.

Wir wollen das Stadion für alle: wir wollen mehr Barrierefreiheit, wir wollen mehr Stehplätze und auch mehr Frauentoiletten. Alle, die sich für Fußball begeistern sollen ein tolles Stadionerlebnis haben und das Spiel genießen können.

Die Integration möglicher Mantelnutzungen soll nur mit Sportbezug und denkmalschutzkonform möglich sein. Die Ergebnisse einer Marktanalyse, ob und wie dies möglich ist, sollen bis Sommer 2026 vorliegen. Die Mantelnutzung ist weiterhin nicht Bestandteil der Kostenschätzung.

3. Wir setzen auf solide Finanzierung. Aktuell wird das Raum- und Funktionsprogramm definiert, parallel läuft die Kostenschätzung. Wir werden sehr darauf achten, dass der 1. FC Nürnberg seinen Beitrag zum Vollumbau leistet und wirken auf eine Beteiligung in gleicher Höhe des Eigenanteils der Stadt hin. Der Profifußball macht Millionen – also kann er auch Millionen beisteuern. Hier befinden wir uns auf einen guten Weg. Eine Aussage darüber, wie der 1. FC Nürnberg seinen Anteil erbringt und eine Bewertung zu den durch den 1. FC Nürnberg ergriffenen Maßnahmen werden wir nicht treffen.

Wer noch angekündigt hat Millionen beizusteuer: der Freistaat. Hier warten wir noch auf konkrete Zahlen und verbindliche Zusagen.